



Leseprobe aus:

Josef Schlarmann

Die Magie vom Wohlstand

Eine Zeitreise durch Deutschlands Wirtschaftspolitik

Gebunden mit Schutzumschlag und Lesebändchen.

568 Seiten. Format 15 x 22,7 cm.

€ 35,00 [D] | € 36,00 [A]

ISBN 978-3-95768-251-2



Mehr Informationen zum Buch finden Sie auf:

www.lau-verlag.de

Josef Schlarmann

Die Magie vom Wohlstand

*Eine Zeitreise
durch Deutschlands
Wirtschaftspolitik*



**Bibliografische Information
der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese
Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-95768-251-2
© 2023 Lau-Verlag & Handel KG, Reinbek
Internet: www.lau-verlag.de

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung
und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten.
Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet,
vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlagentwurf: pl, Lau-Verlag, Reinbek
Umschlagabbildung: Eröffnung der Eisenbahnlinie München – Augsburg am
4. Oktober 1840, Lithografie von Gustav Wilhelm Kraus © akg-images
Satz und Layout: pl, Lau-Verlag, Reinbek
Druck und Bindung: Finidr, s.r.o.
Printed in Czech Republic

Für Barbara

Inhalt

Einleitung	11
Kapitel 1	
Absolutismus	19
Mittelalterliche Wirtschaft – Merkantilismus – Landwirtschaft – Handwerk und Gewerbe – Manufakturen und Fabriken – Außenhandelspolitik – Bilanz des Merkantilismus – Adam Smith – Industrialisierung in England – Maschinenstürmer	
Kapitel 2	
Preußische Reformen	41
Französische Revolution – Revolutionskriege – Reichsdeputationshauptschluss – Rheinbundstaaten – Preußische Reformer – Änderung der Agrarverfassung – Einführung der Gewerbefreiheit – Staats-, Bildungs- und Heeresreform – Zeit der Restauration – Kontinentalsperre – Ricardo gegen Malthus	
Kapitel 3	
Vormärz und Revolution	63
Deutschland um 1800 – Entwicklungshindernisse – Unternehmerische Potenziale (Kreymborgs Schreibfedern, Liebermanns Stoffhandel, Liebermanns Pläne) – Pauperismus – Malthusianische Falle – Sozialpolitische Untätigkeit – Volksunruhen – Deutscher Zollverein – Wirtschaftsmotor Eisenbahn – Das Proletariat – Karl Marx – Märzrevolution – Historischer Kompromiss	

Kapitel 4

Kaiserreich 99

Frühe Industrialisierung – Weltwirtschaftskrise 1857 – Liebermanns Industrie – Norddeutscher Bund – Arbeiterbewegung – Gründerboom und -krise – Bismarcks Sozialpolitik – Emil Rathenau – Neue Politik – Wirtschaftliche Aufholjagd – »Glanz und Gloria« – Joseph Alois Schumpeter – Liberales Zeitalter

Kapitel 5

Erster Weltkrieg 135

Vorgeschichte – Kurze Kriegsbegeisterung – Kriegsrohstoffabteilung (KRA) – Kriegsziele – Wirtschaftskrieg – Gaskrieg – Hindenburg-Programm – Steckrübenwinter – Kriegsfinanzierung – Kriegsende – Stinnes-Legien-Abkommen

Kapitel 6

Weimarer Republik 155

Weimarer Verfassung – Versailler Vertrag – Reparationen – Wirtschaftliche Herausforderungen – Walther Rathenau – Ruhrkampf – Galoppierende Inflation – Rentenmark – Weltwirtschaftskrise – Brüning's Krisenpolitik – Herrschende Wirtschaftsdoktrin – Ordnungspolitiker

Kapitel 7

Nationalsozialismus. 179

Machtergreifung – Hitlers Ideologie – Wirtschaftspolitische Ideen – Arbeitsbeschaffung – Gleichschaltung – Rüstungspläne – Autarkie – Hitlers Bankier – Versorgung – Kriegswirtschaft – Totaler Wirtschaftskrieg – Kriegsende

Kapitel 8

Besatzungszeit. 203

Stunde Null? – Morgenthau-Plan – Vier Besatzungszonen – Entmachtung der Wirtschaft – Produktionspotenzial – Marshallplan – Bretton-Woods-System

Kapitel 9

Adenauer und Erhard 215

Währungsreform – Berliner Blockade – Ludwig Erhards Stunde – Generalstreik – Lastenausgleich – Neoliberalismus – Ordo-Liberalismus – Müller-Armack – Wirtschaftsverfassung? – Bundestagswahl 1949 – Sozialpolitische Initiativen – Petersberger Abkommen – Korea-Boom – Kartellgesetzgebung – Deutschlandvertrag – Landwirtschaftspolitik – Steigende Ansprüche – Rentenreform 1957 – Römische Verträge – Godesberger Programm – Kohle- und Textilkrise – Aufwertungsdebatte – Ost-West-Konflikte – Führungswechsel – Mini-Rezession – Zusammenfassung

Kapitel 10

Sozialliberale Koalition 271

Paradigmenwechsel – Keynes und Hayek – Stabilitätsgesetz (StabWG) – Konjunkturpakete – Zweite Aufwertungsdebatte – Außerparlamentarische Opposition – Sozialliberale Koalition – Konzertierte Aktion Dollarabwertung – Rücktritte – Gemeinsames Floaten – Erste Ölpreiskrise – Rücktritt Brandts – Kernenergie – Russisches Erdgas – Grenzen des »deficit spending« – Mitbestimmungsgesetz – Wirtschaftslokomotive? – Europäisches Währungssystem (EWS) – Die Grünen – Neue Unübersichtlichkeit – Zweite Ölpreiskrise – Scheitern der Globalsteuerung – Abkehr von der Ordnungspolitik

Kapitel 11

Kohl-Ära 327

»Wende« in Bonn – Sachverständigenrat – Monetarismus – Margaret Thatcher – Ronald Reagan – Haushaltssanierung – Bundesbank – Sozialreformen – Beschäftigungspolitik – Umwelt- und Energiepolitik – Klimaschutz – Finanzmarktentwicklung – Währungsdiplomatie – Crash von 1987 – Europäischer Binnenmarkt – China und die Sowjetunion – »Friedliche Revolution« – Zehn-Punkte-Plan – DDR-Planwirtschaft – Transformationsprozess – »Blühende Landschaften« – Einheitsboom – Aufbau Ost – Kostendämpfungsmaßnahmen – Umweltpolitik – Arbeitslosigkeit – Maastricht-Vertrag – Reformstau

Kapitel 12	
Rot-Grün	393
Ökologische Steuerreform – Lafontaine gegen Schröder – Deregulierung der Finanzmärkte – New Economy – Atomausstieg – Regenerative Energien – Gaskrieg – Agenda 2010 – Neue Soziale Marktwirtschaft – Leipziger Reformparteitag 2003	
Kapitel 13	
Merkel-Jahre	425
Bundestagswahl 2005 – Große Koalition – Koalitionsvertrag – Merkels Dilemma – Hidden Agenda? – Dresdner CDU-Parteitag – EU-Ratspräsidentschaft – Branchenmindestlöhne – Internationale Bankenkrise – Bankenrettung 2009 – Regulierung der Banken – Konjunkturpaket I – Konjunkturpaket II – Christlich-liberale Koalition – Schäubles Haushaltspolitik – Landtagswahl in NRW – Griechenlandkrise – Wachstum im Süden – Staatsverschuldung im Süden – Europäischer Rettungsschirm – Europäischer Stabilitätsmechanismus – Rolle der EZB – Atomares Erbe – Politischer Frust – Gesetzlicher Mindestlohn	
Kapitel 14	
Klimakanzlerin	489
»Wohlfühlpolitik« – Wirtschaftspolitischer Eklat – Flüchtlingskrise – EZB auf riskantem Kurs – Steuerpolitik – Wirtschaftlich gute Jahre – Sozialökologische Marktwirtschaft – Klima-Vertrag – Kohlekommission – Klimaschutzprogramm 2030 – Klimaschutzgesetz – Bundesverfassungsgericht – »Letzte Generation« – Europäischer Green Deal – Europäischer Aufbaufonds – Corona-Pandemie – »Zeitenwende«	
Literaturverzeichnis	547
Personenregister	559

Einleitung

Dieses Buch ist für ein Lesepublikum geschrieben worden, das sich für die Wirtschaftspolitik in Deutschland und deren geschichtliche Hintergründe interessiert. Es beginnt mit der Zeit des Absolutismus und endet mit dem letzten Regierungsjahr von Angela Merkel. Das Buch ist kein wissenschaftliches Werk über die Geschichte der Wirtschaft.

Nach klassischer Definition fasst man unter Wirtschaftspolitik alle Maßnahmen zusammen, mit denen der Staat im weitesten Sinn die »Wirtschaftsordnung« eines Landes gestaltet und bewusst die »wirtschaftlichen Abläufe« steuert. Das Buch will interessierten Lesern zeigen, wie solche wirtschaftspolitischen Prozesse in den verschiedenen historischen Phasen abgelaufen sind. Behandelt werden auch die ökonomischen Lehrmeinungen, die sich hinter den wirtschaftspolitischen Maßnahmen verbergen. Die Präferenzen des Autors werden dabei nicht verschwiegen.

Die folgende Zusammenfassung soll dem geneigten Leser einen ersten Überblick über den Inhalt des Buches geben.

Die Wirtschaftspolitik als Teil staatlicher »Regierungskünste« wurde von den absolutistischen Fürsten des 17. und 18. Jahrhunderts erfunden, als die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland noch vom Feudalismus und von den Zünften geprägt wurden. Die als Merkantilismus oder Kameralistik bezeichnete Wirtschaftspolitik diente den Landesherren vornehmlich dazu, die Staatskasse aufzufüllen, um die fürstliche Hofhaltung zu finanzieren, Kriege zu führen oder das Land nach den Verheerungen des Dreißigjährigen Krieges wieder aufzubauen. Dazu erfanden ihre Beamten ein Bündel von Maßnahmen, mit denen man die Wirtschaft modernisieren wollte, allerdings ohne ihre mittelalterlichen Strukturen infrage zu stellen. Infolgedessen blieben die Wirkungen des Merkantilismus auf Beschäftigung und Einkommen der vorwiegend bäuerlichen Bevölkerung gering.

Ende des 18. Jahrhunderts gewann das liberale Denken an Einfluss und es wuchs die Einsicht, dass die mittelalterlichen Verhältnisse durch eine marktwirtschaftliche Ordnung ersetzt werden mussten, um eine

Verbesserung der Lebensverhältnisse herbeizuführen. In Großbritannien hatte man damit gute Erfahrungen gemacht. In Frankreich führte die Revolution von 1789 zur Einführung einer liberalen Wirtschaftsordnung. In den deutschen Fürstenstaaten änderten sich die Verhältnisse erst, als Napoleon mit seinen Truppen die Rheinlande besetzte und dann in der Schlacht bei Jena und Auerstedt die Preußen besiegte. Dort, wo Napoleon herrschte, wurden die Bauern befreit und die Gewerbefreiheit eingeführt. In dem besiegten Preußen waren es die leitenden Minister Stein und Hardenberg, die dem Land mit einer »Revolution von oben« die Bauernbefreiung und die Gewerbefreiheit verordneten.

Ziel der preußischen Reformen war, die schöpferischen Kräfte in der Wirtschaft freizusetzen, um dem von Napoleon geschundenen Preußen wieder auf die Beine zu helfen. Es sollte aber noch Jahrzehnte dauern, bis sich das Land vom Agrarstaat zum Industriestaat entwickelte. Für einen solchen Transformationsprozess fehlten in Deutschland sowohl die Unternehmer, Techniker und Finanziere als auch ausreichend große Märkte mit einer potenten Käuferschicht. Stattdessen gab es eine wachsende Bevölkerung, die nur über geringes Einkommen verfügte, und eine stetig größer werdende Schar von Arbeitslosen, die keine Arbeit fanden und in Not und Elend lebten. Mit der Bauernbefreiung und der Gewerbefreiheit allein war es also nicht getan, um die Lebensverhältnisse der Unterschichten zu verbessern. An Hilfe vonseiten des Staates war nicht zu denken, weil das Staatswesen in Deutschland nach den Napoleonischen Kriegen selbst am Boden lag.

Erst mit dem von Preußen initiierten Deutschen Zollverein, der Verbreitung der Eisenbahn in Deutschland und einer konsequenten liberalen Wirtschaftspolitik änderten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse allmählich zum Besseren. Neben dem traditionellen häuslichen Handwerk und den fürstlichen Manufakturen entstanden nach englischem Vorbild die ersten »Fabriken«, in denen dank eines großen Reservoirs an billigen Arbeitskräften mithilfe von Maschinen wettbewerbsfähige Massenprodukte hergestellt wurden. Der Aufruf von Karl Marx aus dem Jahr 1848 gegen die kapitalistische Ausbeutung – »Proletarier aller Länder, vereinigt euch!« – richtete sich an diese erste Generation von Industriearbeitern.

Den durch die preußischen Reformen erhofften »Wirtschaftsaufschwung« erlebte Deutschland erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, und zwar im Zuge der Reichsgründung durch Otto von Bis-

marck. Auf der Grundlage einer liberalen Finanz- und Industriepolitik und naturwissenschaftlicher Erkenntnisse entstanden zunächst in den Bereichen Kohle, Stahl und Maschinenbau und dann in den Sektoren Chemie und Elektrizität große »Industriebetriebe« mit Hunderten von Arbeitern. Dadurch verwandelte sich Deutschland in knapp fünf Jahrzehnten von einem rückständigen Agrarstaat in eine führende Industrienation, die den wirtschaftlichen Anschluss an die westlichen Länder fand bzw. diese sogar überholte. Das von Bismarck geschaffene und bis heute existierende Sozialversicherungssystem fällt ebenfalls in diese Zeit.

Mit dem Ersten Weltkrieg fand diese Ära ein jähes Ende. An die Stelle der liberalen Wirtschaftsordnung trat die Kriegswirtschaft mit einem »staatlich gelenkten zentralen Wirtschaftssystem«, das Heer und Marine mit Kriegsmaterial ausstattete und der Bevölkerung die knappen Lebensmittel zuteilte. Der Krieg, der ca. 22 Millionen Menschen das Leben kostete, endete mit einer Kapitulation, erheblichen Landverlusten, hohen Reparationsverpflichtungen sowie einer zerstörten Währung.

Die nachfolgende Weimarer Republik hatte vor allem mit den Folgen dieses verlorenen Krieges zu tun. In ihrer Verfassung bekannte sie sich zu einer sozialpolitisch ausgerichteten Marktwirtschaft, aufgrund der zahlreichen Wirtschaftskrisen (hohe Kriegsschulden, galoppierende Inflation, Weltwirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit) war ihre Wirtschaftspolitik aber stark interventionistisch geprägt. Zu den ordnungspolitischen Schwächen der Weimarer Wirtschaftspolitik gehörte außerdem die hohe Konzentration der Wirtschaft. Die Bildung von Monopolen und Kartellen wurde toleriert und außenwirtschaftlich geschützt.

Die in der Weltwirtschaftskrise stark angestiegene Arbeitslosigkeit half Adolf Hitler, »legal« an die Macht zu kommen, um dann »mit Gewalt« jegliche Opposition auszuschalten. Hitler spielte dabei in die Hände, dass sich der Liberalismus überall in Europa auf dem Rückzug befand und durch kollektive bzw. diktatorische Systeme abgelöst wurde. Von Beginn an plante Hitler den Krieg. Dazu steuerte er mit finanzieller Hilfe der Reichsbank und durch Lenkung der Industrie die Friedenswirtschaft in Richtung Kriegswirtschaft um. Die dadurch ausgelösten Rüstungsaufträge (und nicht der Autobahnbau) brachten die Millionen Arbeitslosen schnell wieder in Arbeit, was dem Ansehen der neuen Machthaber Aufschwung gab.

Nach dem Krieg führten die Besatzungsmächte mithilfe der deutschen Behörden das Bewirtschaftungssystem fort, bis es 1948 in Zusammen-

hang mit der Einführung der D-Mark von Ludwig Erhard (CDU) abgeschafft wurde. Damit begann die Ära der »Sozialen Marktwirtschaft«, die zu einem steilen und nachhaltigen Wirtschaftswachstum führte, das als »deutsches Wirtschaftswunder« in die Geschichte eingegangen ist. Den Sinn dieser Wirtschaftsordnung sah der Ökonom Müller-Armack darin, »das Prinzip der Freiheit des Marktes mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden«. Bei der praktischen Umsetzung ließ sich Ludwig Erhard von den Ordo-Liberalen der Freiburger Schule beraten, deren zentraler Lehrsatz lautete: »Die wirtschaftspolitische Tätigkeit des Staates sollte auf die Gestaltung der Ordnungsformen der Wirtschaft gerichtet sein, nicht auf die Lenkung des Wirtschaftsprozesses.« Dementsprechend erfolgte der Wiederaufbau nach dem Krieg nicht durch den Staat, sondern durch die Privatwirtschaft. An diesem Grundsatz festgehalten zu haben, war das eigentliche Geheimnis des Erfolges von Ludwig Erhard.

Als Karl Schiller (SPD) im Jahr 1966 in der ersten Großen Koalition Wirtschaftsminister wurde, bekannte sich die neue Regierung unter seinem Einfluss zur Wirtschaftspolitik der »keynesianischen Nachfragesteuerung« (deficit spending) und brachte angesichts einer Mini-Rezession zwei kreditfinanzierte Konjunkturpakete auf den Weg. Das war zur Ordnungspolitik von Erhard ein eklatanter Paradigmenwechsel, den der Bundestag mit dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz (StabWG) legalisierte. In Zusammenhang mit zwei Ölkrisen führte die darauf beruhende Wirtschaftspolitik unter den Kanzlern Willy Brandt (SPD) und Helmut Schmidt (SPD) zu einer Abfolge von Konjunkturpaketen, die letztendlich wirtschaftliche Stagnation, gepaart mit Inflation und steigender Arbeitslosigkeit, zur Folge hatten (sog. Stagflation).

Als Helmut Kohl (CDU) 1983 mit einer christlich-liberalen Koalition die Regierungsgeschäfte übernahm, versprach er, das Problem der Stagflation dadurch zu lösen, dass die Regierung zu den bewährten Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zurückkehrte. Der Sachverständigenrat hatte der Bundesregierung dazu eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik empfohlen, »mit der die Bedingungen für das Investieren und den Wandel der Produktionsstruktur so verbessert werden, dass mit Wachstum und hohem Beschäftigungsstand gerechnet werden darf (JG 1976)«. Der Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik sollte also nicht auf der Nachfrageseite, sondern auf der Angebotsseite der Wirtschaft liegen.

Diese mit Erfolg von Kohl praktizierte Politik endete 1989/90 mit der »Friedlichen Revolution« in der DDR, die der Wirtschaftspolitik eine

neue Richtung gab. Am 1. Juli 1990 schloss die Kohl-Regierung mit der demokratisch gewählten Regierung in der DDR einen Vertrag über die »Errichtung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion«, mit dem die sozialistische Planwirtschaft der DDR in die Soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik überführt wurde. In der DDR wurde die D-Mark eingeführt, aus den sozialistischen Eigentumsverhältnissen wurde privates Eigentum geschaffen und das Rechtssystem der Bundesrepublik wurde auf das Gebiet der DDR übertragen. In politischer Hinsicht war diese »Transformation« ein großer Erfolg, die von Kohl versprochenen »blühenden Landschaften« stellten sich aber trotz massiver finanzieller Hilfen nur sehr langsam ein. Vor allem die Arbeitslosigkeit blieb extrem hoch.

Ende der 90er-Jahre übernahm Gerhard Schröder (SPD) die Regierungsgeschäfte mit einer rot-grünen Koalitionsregierung. Damit begann in Deutschland der staatlich gelenkte Transformationsprozess in Richtung einer ökologischen Energiewende. Für Kernkraftwerke wurde ein stufenweiser Ausstiegsplan beschlossen. Gleichzeitig beschloss die Koalition für die erneuerbaren Energien (Wind, Photovoltaik und Biomasse) einen stark subventionierten Aufbauplan. Für den Energiebereich bedeutete das den Abschied von der marktwirtschaftlichen Ordnung.

Was die allgemeine Wirtschaftspolitik betraf, hatte sich Schröder schon vor seinem Regierungsantritt von der traditionellen Wohlfahrts- und Wirtschaftspolitik der SPD, den massiven Interventionen und dem »deficit spending« der 70er-Jahre verabschiedet. Mit der Agenda 2010, einem umfassenden Programm zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (»fördern und fordern«), hatte er sich vorgenommen, die immer weiter steigende Arbeitslosigkeit in Deutschland zu bekämpfen. Dabei handelte es sich weitgehend um angebotspolitische Maßnahmen, an die sich die Kohl-Regierung nicht herangetraut hatte. Die Agenda 2010 war erfolgreich und führte die deutsche Wirtschaft durch sinkende Arbeitslosigkeit auf einen mittelfristigen Wachstumspfad zurück.

Die rot-grüne Koalition wurde im Jahr 2005 von einer großen Koalition aus Union und SPD abgelöst. Angela Merkel (CDU) wurde Bundeskanzlerin und regierte in dieser Konstellation bis 2021 (von 2009–2013 mit einer schwarz-gelben Koalition). Das Prägende ihrer Regierungszeit waren die inhaltliche Annäherung der Union an Positionen der SPD und Grünen, die Veränderung der europäischen Verträge anlässlich von Krisen zulasten der deutschen Stabilitätskultur und die zunehmende Fokus-

sierung der Wirtschaftspolitik auf die ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft.

Nach Regierungsantritt beschloss die Große Koalition zahlreiche Maßnahmen, die wirtschaftspolitischen Festlegungen der Union widersprachen. Die SPD verfolgte damit unter anderem das Ziel, Schröders Agenda 2010 in kleinen Schritten zu entschärfen, um die Gewerkschaften nicht zu verlieren. Aufseiten der Union wurde dazu die Strategie der »asymmetrischen Mobilisierung« entwickelt, um die Wähler von SPD und Grünen für die Union zu gewinnen. Im Ergebnis führte diese Strategie dazu, dass sich die wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen von Union und SPD stark annäherten.

In den Jahren 2008/9 wurde die Bundesregierung mit der internationalen Banken- und Wirtschaftskrise konfrontiert. Zunächst mussten notleidende Banken in Deutschland gerettet werden, was dem Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) mit einem Rettungsschirm gelang. Auf den folgenden Wirtschaftsabschwung reagierte die Regierung dann wegen Landtagswahlen mit zwei Konjunkturpaketen (»deficit spending«), obgleich sich Kanzlerin und Finanzminister vorher öffentlich dagegen ausgesprochen hatten. Die Wirkung dieser Maßnahmen war prozyklisch, weil sich die Wirtschaft überraschend schnell erholte.

In der Euro-Krise 2010, die in Wirklichkeit eine Staatsschuldenkrise der südlichen Euro-Länder war, vereinbarte Angela Merkel mit den Staats- und Regierungschefs der übrigen EU-Länder, dass den notleidenden Südländern vonseiten der EU durch einen Rettungsschirm und vonseiten der EZB durch Ankauf von Staatsanleihen geholfen werden sollte. Im Maastricht-Vertrag war aber die Haftung der EU-Mitglieder für fremde Schulden grundsätzlich ausgeschlossen (»No-bail-out-Regel«), um keine Anreize für eine übermäßige Schuldenaufnahme zu setzen. Außerdem war der EZB die »monetäre Staatsfinanzierung« verboten, wozu auch der Ankauf von Anleihen der Euro-Staaten zählte. Mit diesem Verbot sollte verhindert werden, dass sich die EZB, deren Hauptaufgabe die Sicherung der Währungsstabilität ist, zur Hausbank von Euro-Staaten entwickelte. Diese Regelungen entsprachen der deutschen Stabilitätskultur, die Helmut Kohl in die Verträge hineinverhandelt hatte.

Auf dem Weg zur ökologischen Energiewende übernahm Angela Merkel die Vorarbeiten der rot-grünen Koalition und entwickelte sie in ihrer Regierungszeit konsequent weiter. Nach dem Atomunfall in Fukushima 2011 wurden die Restlaufzeiten für die einzelnen Kraftwerke

stark gekürzt. In ihrer letzten Legislaturperiode dirigierte sie auch den schnellen Ausstieg aus der Kohle. Durch ein Klimaschutzgesetz wurde der beschleunigte Bau von Solar- und Windparks beschlossen, um den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung auf 65 Prozent zu erhöhen. Außerdem wurden in diesem Gesetz für die Sektoren Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft, Industrie und Energie verbindliche »CO₂-Emissionsmengen« festgesetzt.

Als eine ihrer letzten politischen Entscheidungen kündigte Angela Merkel Mitte Mai 2020 gemeinsam mit dem französischen Präsidenten an, dass man sich über die Gründung eines europäischen Wiederaufbaufonds im Volumen von 500 Mrd. Euro geeinigt habe, um den von der Corona-Pandemie besonders betroffenen Regionen wirtschaftlich zu helfen. Das grundsätzlich Neue an diesem Fonds war, dass die finanziellen Hilfen nicht als Kredit, sondern als verlorene Zuschüsse gegeben werden sollten. Außerdem sollten die Zuschüsse nicht mit Eigenmitteln der EU, wie es die Haushaltsvorschriften der EU vorsahen, sondern durch Anleihen der EU am Kapitalmarkt finanziert werden. Damit öffneten Merkel und Macron für die EU endgültig den Weg in die Schulden- und Transferunion.

Kapitel 1

Absolutismus

Mittelalterliche Wirtschaft

Das deutsche Mittelalter kannte keinen Staat im modernen, abstrakten Sinn. Der mittelalterliche Staat verstand sich als »Personenverband«, der auf dem persönlichen Verhältnis des Herrschers zu dem von ihm in vielfachen Abstufungen abhängigen Volk gründete. Mächtig war, wer über Grund und Boden herrschte. Das war ursprünglich der König, der seine Gefolgsleute (Vasallen) dadurch an sich band, dass er ihnen »Königsgut« zur Leihe (feudum) übertrug, später auch Ämter und Rechte. So entstand das Lehnswesen aus der Verbindung von Landleihe mit persönlicher Gefolgschaft und Treue. Im Sachsenspiegel (um 1220) und Schwabenspiegel (um 1275), dem sog. Kleinen Kaiserrecht, war das Lehnrecht kodifiziert.

Die Vasallen des Königs standen zwar in einem Abhängigkeitsverhältnis zum König, waren aber als Amtsträger, Grafen, Markgrafen und Pfalzgrafen und als Besitzer eigener Grundherrschaften auch mit großer Machtfülle ausgestattet. Allgemein schloss Grundbesitz im Mittelalter Herrschaft über die auf dem Lande lebenden Menschen ein. Die vom König eingesetzten Vasallen konnten ihrerseits durch Vergabe von Land, Rechten und Ämtern Untervasallen einsetzen und damit einen eigenen Machtapparat aufbauen. Das führte letztlich dazu, dass die Lehen trotz Bindung an die persönliche Gefolgschaft zum König allmählich erblich wurden.

Bei seiner Gründung im Jahr 911 bestand das Deutsche Reich nur aus den fünf Herzogtümern der Franken, Schwaben, Bayern, Sachsen und Lothringer. Im Laufe der Jahrhunderte entwickelte sich daraus ein buntes Mosaik von mehr oder weniger souveränen Territorien, die von Kurfürsten, Reichsfürsten, Reichsprälaten, Reichsgrafen, Reichsstädten und unzähligen Reichsrittern beherrscht wurden. Sie alle waren – unabhängig von ihrer Größe und Bedeutung – Mitglieder des »Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation«.

Welche Folgen das für die Wirtschaft hatte, zeigte der Zustand des damaligen Zollwesens: Ende des 18. Jahrhunderts gab es in Mitteleuropa um die 1800 Zollschranken, die den Handelsverkehr zwischen den einzelnen Territorien regulierten. Allein Preußen kannte 67 lokale Zolltarife und ebenso viele Zollgrenzen. Nutznießer dieses Zollsystems waren die 314 souveränen reichsständischen Territorien und die 1485 Reichsritterschaften, aus denen das Deutsche Reich damals bestand (Helmut Böhme).

Bis zum 18. Jahrhundert hatte sich zwar der mittelalterliche »Personenverband« zwischen König und Volk aufgelöst, es überdauerte aber die feudale Standesordnung. An der Spitze der Gesellschaft stand jetzt der Landesherr als Souverän von »Gottes Gnaden«. In der Hierarchie folgten der Klerus und der Adel, danach kamen das Bürgertum und die Bauernschaft, den Schluss bildete die nicht ständische Unterschicht.

Diese Standesgesellschaft verstand sich als korporatistisches Gebilde, in dem jeder Stand die ihm zugewiesenen Aufgaben zum Wohle aller zu erfüllen hatte. Hof, Adel, Kirche, Gutsbesitzer und das freie Stadtbürgertum waren darin die maßgeblichen Kräfte – politisch und kulturell. Die zum Teil gebundene Handwerkerschaft und die abhängigen Bauern wie auch der untere Teil der Bevölkerung hatten kein politisches Mitspracherecht. Abgesichert wurde dieses Gesellschaftssystem durch die feudale Grundherrschaft, die große Teile der Bauernschaft in Abhängigkeit hielt.

In der Welt des Mittelalters gab es keine systematische und auf Dauer angelegte königliche oder fürstliche Wirtschaftspolitik, die darauf gerichtet war, die Rahmenbedingungen oder den Ablauf ökonomischer Aktivitäten im Hinblick auf bestimmte Ziele zu gestalten oder zu beeinflussen. Das Wirtschaftsleben war weitgehend durch das Feudal- und Zunftsystem sowie eine auf christlichen Dogmen beruhende Wirtschaftsethik festgelegt. Eine Wirtschaftswissenschaft entstand erst mit Beginn der Neuzeit.

Wirtschaftspolitisch motivierte Maßnahmen von Königen und Fürsten waren deshalb selten. So ist bekannt, dass Kaiser Barbarossa 1182 den Bau einer Steinbrücke über die Donau in Regensburg zum »gemeinen Nutzen« förderte. Außerdem handelte es sich bei der Gewährung von Zollfreiheiten, Markt- und Münzrechten um eine frühe Form von Wirtschaftspolitik, wenn damit die Leistungsfähigkeit der Städte oder bestimmter Regionen gefördert werden sollte. Die Errichtung einer Münzstätte durch den Bischof von Brixen im Jahr 1179 »zum Vorteil und Nutzen der Stadt und der umliegenden Gegend« ist dafür ein Beispiel (Michael North).

Merkantilismus

Unter Merkantilismus wird in der Wirtschaftsgeschichte jene Wirtschaftspolitik verstanden, die während der Zeit des Absolutismus (1648–1789) durch bewusst betriebene Wirtschaftsförderung die Macht und das Ansehen des Souveräns erhöhen sollte. Der unmittelbare Zweck des merkantilistischen Handelns bestand darin, die Schatzkammer des Souveräns zu füllen, um ihm die Durchführung hoheitlicher Aufgaben zu ermöglichen. Oft stand auch die Erwägung im Vordergrund, den Souverän von den drückenden Schulden zu entlasten, die durch seine großzügige Hofhaltung, den Bau von Palästen oder wiederkehrende Kriege entstanden waren.

Die Merkantilisten oder Kameralisten, wie sie in Preußen hießen, verstanden sich in erster Linie als Staatsdiener, die dem absoluten Fürsten praktische Vorschläge machten, wie er seinen Wohlstand vermehren konnte. Das stärkte seinen Einfluss innerhalb der Standesgesellschaft, weil er bei Entscheidungen mit finanziellen Folgen nicht mehr von der Zustimmung der Stände abhängig war.

Mit dem Merkantilismus begann auch die Gewichtsverschiebung von der mittelalterlichen Stadtwirtschaft hin zur Regional- und Volkswirtschaft, wenn auch nur im damals kleinräumigen Maßstab. Das wirtschaftliche Regelwerk, vor allem die Gebote und Verbote, stammten nun nicht mehr vom Stadtpatriziat, sondern wurden direkt vom regierenden Fürsten, also vom Staat, erlassen. Damit galten Privilegien, Konzessionen und Subventionen nicht mehr nur für eine Stadt, sondern für das jeweilige Staatsgebiet.

Mit dem Merkantilismus veränderte sich auch das Wirtschaftsverständnis. An die Stelle der einzelwirtschaftlichen Betrachtung trat allmählich das Bild von der Wirtschaft als einer organischen Gesamtheit. Das war eine grundsätzlich neue Sichtweise, die es ermöglichte, eine am gesamtwirtschaftlichen Interesse orientierte Wirtschaftspolitik zu entwerfen. Während der feudale Untertan schon wegen seiner Bindungen keine wirtschaftlichen Initiativen entwickeln konnte und der Adel in Gewerbeangelegenheiten aus Standesgründen untätig blieb, nahmen die absoluten Fürsten mit ihren Beamten das Heft in die Hand, um Landwirtschaft, Handel und Gewerbe zu fördern und neue Wege zu gehen.

Der Merkantilismus basierte jedoch nicht auf einer in sich geschlossenen Wirtschaftstheorie, sondern bestand aus einem Bündel von

praktischen Maßnahmen und Regeln, die ganz unterschiedlichen Zwecken dienten. Im Mittelpunkt standen die Förderung von Handel und Gewerbe durch die Gründung von Messen und Märkten, die Förderung des Bergbaus und des Hüttenwesens, der Ausbau von Straßen und Kanälen, die Abschaffung von Binnenzöllen und die Vereinheitlichung von Münzen, Maßen und Gewichten, die Lockerung der Zunftbestimmungen und insbesondere die Ansiedlung von Gewerbe. Hinzu traten Maßnahmen des Außenhandels, wie die Unterstützung der Warenausfuhr oder die Drosselung der Einfuhr, der Aufbau einer Handelsflotte sowie die Gründung von Handelsgesellschaften (Richard Tilly).

In Preußen ging es vor allem um die Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion durch die Verbesserung des Anbaus, Landgewinnung und Kolonisation und um die Förderung des Gewerbes durch die Öffnung der Grenzen für Glaubensflüchtlinge, insbesondere für Hugenotten. Von einer zielgerichteten Bevölkerungs- und Einwanderungspolitik erhoffte man sich eine Stärkung und Belebung der heimischen Wirtschaft. Davon machte schon der Große Kurfürst (1640–1688) Gebrauch, als er mit dem Edikt von Potsdam 1685 über 20 000 aus Frankreich vertriebene Hugenotten in Berlin und Brandenburg ansiedelte. Sie brachten Fertigkeiten mit, die es bis dahin in Preußen nicht gegeben hatte.

Exkurs

In Magdeburg entstand nach Berlin die zweitgrößte »Colonie« von zugewanderten Hugenotten: Die amtliche Siedlerliste für das Jahr 1700 weist für die französische Kolonie 1282 Personen und für die Wallongergemeinde 1731 Personen aus. Durch weiteren Zuzug wuchsen die beiden Kolonien im ersten Jahrzehnt des 18. Jh. auf ca. 4000 Personen an, ein Drittel aller Magdeburger Einwohner.

Die Zuwanderer wurden keineswegs mit offenen Armen aufgenommen – im Gegenteil. Die feindliche Haltung der Lutheraner gegenüber den Calvinisten, die Fremdheit von Sprache und Sitte und die öffentlichen Hilfen wie die Zuweisung ausbaufähiger Grundstücke an die Einwanderer ließen eine Atmosphäre von Neid und Feindschaft entstehen.

Wie im Edikt von Potsdam versprochen, genossen die Kolonien in administrativer Hinsicht einen Sonderstatus. Sie regelten ihre Polizei-, Markt- und Gewerbeangelegenheiten selbst, hatten einen französischen

Bürgermeister und waren Teil der französischen Gesamtkolonie in Brandenburg-Preußen, die von einem »Conseil francais« vertreten wurde.

Den wirtschaftlichen Aufschwung Magdeburgs nach 1685, insbesondere im Textilgewerbe und Maschinenbau, verdankte die Stadt vor allem den Zuwanderern. Hugenotten eröffneten 1686 die erste Manufaktur zur Herstellung von Wolltuchen, Strümpfen, Bändern und Seidenwaren. Der Kunstschlosser Pierre Labry errichtete im gleichen Jahr eine Fabrik zum Bau mechanischer Strumpfwirkstühle. Damit brachte er eine in England entwickelte, dann in Frankreich eingeführte neue Technik nach Deutschland. Ebenso wichtig waren die vielen kleinen Handwerksbetriebe, die im Rahmen des Verlagswesens mit den Manufakturen als Auftraggeber zusammenarbeiteten oder den Absatz ihrer Produkte selbst organisierten. Da sie als »Freimeister« nicht an die engen Zunftregeln der heimischen Gewerke gebunden waren, waren auch insoweit Konflikte zwischen Alt- und Neubürgern unvermeidlich.

Eine erste Bilanz über die Ansiedlung der Flüchtlinge zog der Magdeburger Magistrat schon nach 20 Jahren und kam zu dem Ergebnis, dass ein Vergleich der investierten Mittel zu dem von ihnen geschaffenen Gesamtnutzen den Schluss zulasse, dass »die königliche Intention« erreicht, ja übertroffen wurde. Gegen Ende des 18. Jh. musste eine königliche Untersuchungskommission für ganz Preußen jedoch den Niedergang der Kolonien konstatieren: Die Zahl der Mitglieder war geschrumpft und die großen Manufakturen hatten an Bedeutung verloren. Die Flüchtlinge waren zu großen Teilen in der einheimischen Bevölkerung aufgegangen.

Als Vorbild für eine kameralistische Politik in Preußen galt der Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. (1688–1740), ein Enkel des Großen Kurfürsten. Im Gegensatz zu seinem Vater Friedrich I., der es zum König »in Preußen« gebracht hatte, war der Sohn nüchtern, einfach und pflichtbewusst. Die Wirtschaftspolitik betrieb er planmäßig nach merkantilistischen Grundsätzen. Er förderte den Ausbau von Manufakturen, vor allem in der Tuchindustrie. In Ostpreußen siedelte er über 17 000 aus Salzburg vertriebene Lutheraner an.

Der Soldatenkönig versuchte, »von oben« in Gang zu bringen, was nach Adam Smith ein Prozess »von unten« sein sollte, nämlich die wirtschaftliche Kraft des Bürgertums in Bewegung zu setzen. »Doch Welch eine Arbeit, Welch eine Erziehung musste geleistet werden, Tag um Tag,

Jahr um Jahr, lebenslang, gegen Unverständnis, Trägheit und Widerstand ringsumher! Zunächst einmal galt es, dem standesstolzen und hartschädelligen Adel ein neues Ehrgefühl einzupflanzen: die Ehre des Dienens in Staat und Armee.« (Graf von Krockow)

Vor allem in den Städten kam es darauf an, bei den Kauf- und Gewerbeleuten den Unternehmergeist anzutreiben oder überhaupt erst zu wecken. Wie denn stand es zum Beispiel mit der Wollverarbeitung? Oder mit der Tuchproduktion? Offenbar so verzweifelt schlecht, dass der Staat eingreifen und selbst zum Unternehmer werden musste. Gleich nach der Thronbesteigung 1713 wurde in Berlin das »Königliche Lagerhaus« als Tuchmanufaktur gegründet, die sich zum größten Unternehmen dieser Art auf dem Kontinent entwickelte – bei freilich garantiertem Absatz für bald eine der größten Armeen Europas.

Es gehörte auch zur merkantilistischen Praxis, die gesetzlichen Arbeitszeiten heraufzusetzen oder Feiertage abzuschaffen, um die Arbeitsmenge zu steigern. So wurde zum Beispiel der Arbeitstag im Handwerk, der üblicherweise vom Sonnenaufgang bis zum Sonnenuntergang reichte, an den kurzen Tagen um die sogenannte »Lichtarbeit« erweitert. Nach der Reformation wurde außerdem die Zahl der kirchlichen Feiertage herabgesetzt, zunächst in den protestantischen und dann auch in den katholischen Ländern.

Solche Vorgänge zeigten, wie wenig sich in einer zünftlerischen Wirtschaft ohne den Antrieb von oben bewegte. Darum erließ der König Vorschriften über Vorschriften und kümmerte sich persönlich um alles und jedes. Die Marktfrauen sollten etwa, falls sie nicht gerade verkaufen, Stümpfe stricken statt zu schwatzen. Wo der Landesvater dennoch auf Faulpelze traf, schlug er mit dem Stock auf sie ein.

Landwirtschaft

Das bäuerliche Leben war vielerorts bis ins 19. Jahrhundert hinein durch das mittelalterliche Feudalsystem bestimmt. Feudale Produktionsweise bedeutete, dass der bäuerliche Familienbetrieb die Hauptlast der Agrarproduktion zu tragen hatte und die Grundherren, die sich selbst aus dem Produktionsprozess zurückgezogen hatten, einen Teil des bäuerlichen Mehrprodukts in Form der Feudalrente abschöpften. Rechtsgrundlage waren Herrschafts- und Rechtsbeziehungen, die den Grundherren

unterschiedliche Zugriffsmöglichkeiten auf die Erträge der bäuerlichen Arbeit gaben (Michael North).

Auch um solche Verhältnisse kümmerte sich der Soldatenkönig, ebenfalls mit viel Anlass zum Ärger: Wie nur konnte man die Domänenverwalter und die Gutsherren veranlassen, die Bauern zum besseren Wirtschaften zu treiben? Der König formulierte Anordnungen fürs Pflügen, für die Aussaat, die Ernte, das Dreschen, die Viehhaltung, für das Entwässern und Eindeichen. Er reiste unermüdlich, er stellte bohrende Fragen, ließ sich durch keine Ausflüchte beschwichtigen: Warum verfiel hier ein Hof, warum lag dort ein Acker brach? Er befahl, Getreidevorräte anzulegen, um in Jahren der Missernte die Teuerung zu mildern. Er rief Lehrmeister herbei, vor allem aus den Niederlanden – und Kolonisten (Graf von Krockow).

Um den Bodenertrag zu steigern, wurden neue Anbaumethoden erprobt und neue Feldfrüchte eingeführt (z. B. die Kartoffel). Häufig bildeten die staatlichen Domänen den Schwerpunkt solcher Innovationen, weil die Erträge daraus allein dem Landesherrn gehörten. Außerdem ging man schon früh zur Koppelwirtschaft über, d. h., die landwirtschaftlich genutzte Fläche wurde in Schläge eingeteilt, die im regelmäßigen Wechsel als Acker oder als Weide genutzt wurden. Dem folgte im 19. Jahrhundert der Übergang zur Fruchtwechselwirtschaft als weiterer Schritt zur Intensivierung der Landwirtschaft.

In den nordöstlichen Gebieten Preußens spielte die Gewinnung zusätzlicher Agrarflächen eine wichtige Rolle. Das geschah durch die Kultivierung von Ödland, die Trockenlegung von Mooren und Seen und die Gründung von Dörfern. Bekannt sind die Entwässerung und Urbarmachung des Oderbruchs und des Warthe-Netze-Bruchs schon unter Friedrich I. von Preußen. Dadurch wurden viele Tausend Hektar Wiesen- und Ackerland gewonnen, das teils den umliegenden Dörfern und Gütern, teils neuen Siedlern zugewiesen wurde. Die Kolonisten solcher Flächen erhielten Vergünstigungen in Form finanzieller Hilfen, mehrjähriger Steuerbefreiungen und der Befreiung vom Militärdienst.

Bei der Kultivierung des Oderbruchs, der sich stromabwärts in einer Länge von 60 und in einer Breite von bis zu 20 Kilometern erstreckt, musste zunächst ein Schutz gegen die Überschwemmungen geschaffen werden, zu denen es immer wieder kam. Auch der Soldatenkönig versuchte sich an dieser Aufgabe, aber 1736 stand wieder alles Land unter Wasser. Der Oder musste sogar ein neues Bett gegraben werden. »Hier

haben wir eine Provinz im Frieden erobert«, meinte Friedrich mit Stolz, als die Arbeit erledigt war. Mehr als 32 000 Hektar fruchtbaren Bodens wurden gewonnen, über 30 neue Dörfer konnten angelegt werden (Graf von Krockow).

Handwerk und Gewerbe

Im Bereich des Gewerbes existierte in der altdeutschen Gesellschaft ein buntes Nebeneinander verschiedener Betriebsformen und unterschiedlichster Betriebsgrößen. Neben dem handwerklichen Familienbetrieb und dem Verlagssystem (siehe unten) existierten Manufakturen und Großbetriebe.

Den gewerblichen »Großbetrieb« gab es schon früh im Bergbau und Hüttenwesen zur Gewinnung von Silber, Kupfer und Eisen. Bedeutende Lagerstätten für Silber waren zum Beispiel die Region Schwarz in Tirol oder die Silberreviere im Erzgebirge. Im Revier Schwarz waren um das Jahr 1550 fast 7500 Bergknappen als Lohnarbeiter beschäftigt. Kaufleute und Handelshäuser (wie die Fugger) stellten das für die Bergausbeute und die Verhüttung benötigte Kapital zur Verfügung und organisierten den Betrieb. Das gewonnene Silber wurde dann zur Vermarktung auf Edelmetallmärkte gebracht, unter denen Frankfurt eine zentrale Bedeutung hatte.

Das »Handwerk« war dadurch geprägt, dass der »Handwerker« Eigentümer von Werkstatt, Werkzeug und Material war. Im Jahr 1785 existierten z. B. in einer Stadt wie Potsdam 675 Handwerksmeister, die 651 Gesellen und 298 Burschen beschäftigten. Seit dem Mittelalter waren die Meisterbetriebe in Zünften, Gilden oder Innungen korporativ organisiert.

Äußere Zeichen der Zünfte waren nach mittelalterlicher Tradition unterschiedliche Wappen, Zunftzeichen und -kleidung. Nach innen waren sie streng reguliert: Die Größe der Betriebe und die Zahl der Beschäftigten war begrenzt, um zwischen den Zunftmitgliedern keinen Wettbewerb entstehen zu lassen. Die Korporationen regelten Löhne, Preise und Absatzmengen und sogar die Witwenversorgung. Selbst Produktionsmethoden und Rohstofflieferungen wurden vorgeschrieben, um die Qualität von Handwerksware zu sichern. Damit schützten sie zwar die Abnehmer der Waren, sie verhinderten aber gleichzeitig die Einführung neuer Produktionstechniken.

Von den 2,2 Millionen Gewerbetreibenden, die es um 1800 im deutschen Reich gab, gehörten zwei Drittel zum Handwerk. Die Hälfte davon arbeitete auf dem Land, viele davon außerhalb der Zunftbindung. Die Stärke der Zünfte rührte daher, dass sie ihren Mitgliedern mithilfe ihrer Regularien ein standesgemäß »gerechtes« Einkommen sicherten. Trotz der Versuche der Territorialfürsten, das Zunftmonopol einzuschränken, konnten die Zünfte ihre Privilegien behaupten.

Das »Verlagssystem« war dadurch gekennzeichnet, dass die Handwerker nicht mehr selbstständig waren: Zwar arbeiteten sie zumeist noch in eigener Werkstatt, aber Verleger besorgten die benötigten Rohstoffe und verkauften die damit erzeugten Produkte. Die Handwerker waren vom Verleger insofern abhängig, als dieser über besondere Kenntnisse bei der Rohstoffbeschaffung und den Absatzmöglichkeiten besaß. Ein Vorteil des Verlagssystems bestand darin, dass die Produktion in verschiedene Segmente aufgeteilt werden konnte (z. B. Spinnen, Weben, Färben), wodurch Kostenvorteile entstanden. Im alten Reich waren um 1800 im Verlagswesen rund 900 000 produzierende Handwerker tätig.

Demgegenüber stellte die »Manufaktur« einen örtlich zentralisierten Betrieb dar, in dem Lohnarbeiter manuell bestimmte Produkte anfertigten. Der Vorteil der Manufaktur gegenüber dem Verlagssystem bestand darin, dass die Produktion an einem Ort arbeitsteilig organisiert werden konnte, wodurch sich die Produktivität erheblich steigern ließ. Um 1800 gab es im alten Reich etwa 1000 Manufakturen mit gut 100 000 Beschäftigten. Durch die Mechanisierung, d. h. durch den Einsatz von Maschinen, entstanden aus den Manufakturen später häufig »Fabriken«.

Typische Manufakturprodukte waren Luxusgüter sowie teure Genussmittel für die Fürstenhöfe und die gesellschaftlichen Oberschichten. Als Gründer traten Kaufleute und Handwerker in Erscheinung, nicht selten auch der Staat. In der Regel beschränkte sich der Staat jedoch auf die Privilegierung und Förderung durch merkantilistische oder absatzfördernde Maßnahmen.

Exkurs

Ein besonders kuriose Beispiel für die Gründung einer solchen Manufaktur war die Erfindung des Porzellans, dessen Herstellung für die Welt außerhalb Chinas lange Zeit ein Geheimnis war. Im Barock des 18. Jh. war Porzellan ein Prestigeprodukt an den Fürstenhäusern. Auch August der

Starke von Sachsen war dem chinesischen Porzellan verfallen und ließ deshalb den Alchimisten Johann Friedrich Böttger nach Dresden holen. Dieser versuchte zunächst vergeblich, aus einfachen Metallen Gold herzustellen. 1706 gelang es ihm jedoch, ein rotes Feinsteinzeug herzustellen, das sog. Böttgersteinzeug, das bis heute ein Verkaufsschlager ist.

Zwei Jahre später (laut Laborprotokoll am 15. Januar 1708) gelang Böttger dann nach vielen Versuchen die Herstellung des »weißen Goldes«, indem er von der ursprünglichen Mischung aus Ton, Quarz und Feldspat den eisenhaltigen Ton durch reines Kaolin aus Schneeberg im Erzgebirge ersetzte. Auf der Basis dieser Erfindung gründete August der Starke Anfang 1710 die erste europäische Porzellanmanufaktur in Dresden, die heutige »Staatliche Porzellan-Manufaktur Meissen«. Das war der Auslöser für die Gründung einer Reihe von weiteren Porzellanmanufakturen.

Auch Friedrich der Große (1740–1786) kümmerte sich intensiv um die Ansiedlung und Förderung von Manufakturen. Mit seiner Instruktion vom 27. Juni 1740 wies er seinen Etatminister an, sich mit drei Aufgaben zu befassen: »1. Um die jetzigen Manufacturen im Lande zu verbessern, 2. die Manufacturen, so darin noch fehlen, einzuführen und 3. so viel Fremde von allerhand Conditionen, Charakter und Gattung in das Land zu ziehen, als sich nur immer tun lassen will.« In Manufakturen sah Friedrich eine innovative Art der Produktion, mit der die Herstellung von Luxusgütern und Textilien, Uniformen und Waffen für die Heere arbeitsteilig in großen Mengen und in einheitlicher Qualität möglich war.

Exkurs

Ein Beispiel für diese Art der Gewerbeförderung war die Gründung der Königlichen Porzellan-Manufaktur (»KPM«) im Jahr 1763:

Schon vor der Gründung der KPM hatte ein Berliner Kaufmann versucht, mit königlicher Förderung die Fertigung des weißen Goldes (Porzellan) in Berlin zu etablieren. Als ihm jedoch der Konkurs drohte, erwarb Friedrich der Große am 19. September 1763 das inzwischen gut aufgestellte Unternehmen zum Preis von 225 000 preußischen Reichstalern. Zum einen wollte er den angesehenen Berliner Kaufmann vor dem drohenden Bankrott retten, zum anderen war ihm daran gelegen, das junge Unternehmen, das ihm am Herzen lag, vor dem vorzeitigen Ende zu bewahren.

Der König übernahm das gesamte Personal von 146 Mitarbeitern und gab der Manufaktur ihren Namen und ihr Markenzeichen: das königliche Zepter aus dem kurfürstlich-brandenburgischen Wappen. Von nun an trug sie den Namen *Königliche Porzellan-Manufaktur Berlin* und wurde zum Musterbetrieb: Die Mitarbeiter hatten feste, geregelte Arbeitszeiten, erhielten ein überdurchschnittliches Einkommen, waren durch eine eigene Betriebskrankenkasse abgesichert und erwarben einen gesicherten Rentenanspruch. Bei der *Königlichen Porzellan-Manufaktur Berlin* gab es zudem keine Kinderarbeit. Auch für die Versorgung hinterbliebener Witwen und Waisen wurde Vorsorge getroffen.

In den folgenden Jahren wurden die Arbeitsabläufe in der Manufaktur rationalisiert und neue Techniken eingeführt. Zwanzig Jahre später waren dort 148 Manufakturisten und 49 Porzellanmaler für die Herstellung hochwertigen Porzellans beschäftigt. Friedrich der Große half auch beim Absatz der KPM-Produkte kräftig mit: So ordnete er an, dass die Berliner Juden bei ihrer Verheiratung von seiner Berliner Porzellan Manufaktur für eine bestimmte Summe Porzellan zu kaufen hatten, um auf diese Weise die sog. Ladenhüter loszuwerden.

Manufakturen und Fabriken

Die Manufakturen und Fabriken in Preußen gehörten entweder dem König oder standen unter königlicher Aufsicht. In Potsdam zum Beispiel war »die Fabrik- und Manufakturkommission« das Amt, dem alle Manufakturen und Fabriken der Stadt und Umgebung unterstanden. Die Kommission selbst stand unter der Aufsicht eines Stellvertreters und unter der Direktion des fünften Departments des Generaldirektoriums; dazu gehörten auch ein Fabrikinspektor, der ein Mitglied des Magistrats war. Das Gremium tagte alle 14 Tage im Rathaus.

Der Fabrikinspektor untersuchte die Beschwerden der Manufakturiere, soweit sie ihr Geschäftswesen betrafen, und berichtete darüber an das fünfte Departement, das darüber entschied. Über das Wachstum und den Absatz der Fabriken hatte der Inspektor dem Departement anhand von Tabellen monatlich zu berichten.

Friedrich Nicolai führt in seiner Beschreibung von Potsdam für 1785 unter anderem folgende Manufakturen und Fabriken auf:

4 Bandmühlen: auf königliche Kosten angefertigt; gehören den Gebrüdern Scholz.

Baumwollene Zeuge: 35 Stühle; für Rechnung Thomas Hotho und Komp., früher Seehandlungsgesellschaft; vom König drei Häuser geschenkt erhalten.

4 Kattunmanufakturen in Nowawes: Privileg 15 jüdischer und christlicher Kaufleute für 84 Stühle; Kleine sich selbst verlegende Textilmanufakturen mit 85,3 und 3 Stühlen.

Bierbrauereien: Königsbrauhaus, vom Königsbier können jährlich 4000 Tonnen in der Stadt abgesetzt werden; Stadtbier von den Stadtbrauern; schwedisches und englisches Bier; Bornstedter Brauerei des königlichen Großen Waisenhauses.

Blonden: Produktion halbseidener Spitzen; 35 Mädchen als Arbeiterinnen; Inhaber Moses Meyer.

Englische Bleistifte: Konzession für den Bildhauer Kromberg; Fabrik auf königliche Kosten erbaut; Kromberg hat in die benötigten Maschinen investiert.

Essigbrauerei: Inhaber Schulze.

Fayance: Inhaber Stukkaturer Sartori; 13 Arbeiter.

Gewehrfabrik: Private Eigentümer; 132 Arbeiter; Arbeitshäuser vom König errichtet.

Hüte: Eigentümer Peter Franz Bock; Fabrikgebäude vom König geschenkt; 8 Arbeiter.

Leder: Eigentümer Bankier Itzig in Berlin; 3 Lohmühlen; Manufaktur mit 28 Arbeitern plus Tagelöhner; Lohgerber mit 18 Arbeitern plus Tagelöhner; Weißgerber mit 18 Arbeitern.

Leinenmanufakturen: Insgesamt fünf Unternehmen: Leinwand mit 32 Stühlen und Regimentslieferung; Broderie mit 130 Mädchen im Waisenhaus; Blonden mit 230 Mädchen; Leinen Tripp mit 3 Stühlen für Regimentslieferung; Leinenwebgewerk mit 47 Stühlen.

Metall: Gold- und Silberdrahtzieherei mit 1 Meister und 8 Knaben im Waisenhaus; Nähnadelfabrik mit 5 Arbeitern.

Seidene Waren: Samt- und Seidenmanufaktur; 1730 von David Hirsch in diversen vom König geschenkten Häusern angelegt; zahlreiche Seidenfabrikanten, die eine feste Vergütung für die produzierten Waren erhielten, die unter Aufsicht des Fabrikinspektors auf dem Potsdamschen Seidenwaage-Bureau ermittelt wurde. Die dazu erforderlichen Maulbeerpflanzungen sind von Friedrich II. außerordentlich vermehrt worden.

Tapeten: Privater Eigentümer; Fabrik in dem dazu geschenkten Jagdschloss Glienecke mit 24 Arbeitern.

Vor den Toren von Potsdam gab es nach dem Bericht von Nicolai folgende Werke:

Sperrenberg: Gipssteinbruch mit vier Arbeitern; unter der Aufsicht der königlichen Bergwerks- und Hüttenadministration.

Gottow: Wassergetriebenes Eisenhüttenwerk an zwei Standorten (Ernährer von 156 Personen) unter Aufsicht der königlichen Bergwerks- und Hüttenadministration.

Schöneiche: Wachsbleiche.

Rüdersdorf: Kalksteinwerk mit Kalksteinbrüchen, vier Brennöfen und Wasseranschluss; 350 Mitarbeiter; betrieben unter Aufsicht des Bergamtes auf königliche Rechnung.

Freienwalde: Alaunbergwerk nebst Alaunhütte im Eigentum des Potsdam'schen Militärwaisenhauses.

Neustadt Eberswalde: 1. Eisen- und Stahlwaren, besonders Messer und Scherenfabrik; 2. Den dazugehörigen Zainhammer, um altes Eisen zu recykeln; 3. Große Holländische Papiermühle; 4. Verpachtetes königliches Messingwerk; 5. Königliches Eisenhammerwerk; 6. Verpachteter königlicher Kupferhammer; 7. Zwei private Eisendrahthütten, betrieben von der königlichen Bergwerks- und Hüttenadministration.

Zehdenick: königliches Eisenhüttenwerk zur Herstellung von Gusswaren (Bomben, Granaten, Töpfe, Pfannen etc.).

Die Grundlage für die spätere Industrialisierung in Deutschland waren insbesondere Gewerbepfandschaften, die schon im 18. Jahrhundert entstanden, weil sie dafür geeignet waren: So benötigte das Eisen verarbeitende Gewerbe die Nähe zu Erz und Holz, wie sie im Vogtland oder Erzgebirge anzutreffen waren. Im Eichsfeld oder im Siegerland wuchs das textile Heimgewerbe, weil es dort den Zugang zu den benötigten Rohstoffen und ausreichend Arbeitskräfte gab. Die ersten gewerblichen Großbetriebe im Bergbau und Hüttenwesen entstanden dort, wo Silber und Kupfer gewonnen werden konnten. Einer besonderen staatlichen Gewerbeförderung bedurfte es bei diesen Betrieben nicht.

Außenhandelspolitik

Neben der Agrar-, Bevölkerungs- und Gewerbepolitik spielte die Außenwirtschaftspolitik für den Merkantilismus eine zentrale Rolle. Auch hier ging es darum, den Reichtum des eigenen Landes zu vermehren.

Als Mittel dienten vor allem Zölle und Handelsembargos, mit denen Handelsströme gesteuert und Einnahmen erzielt werden konnten. Das Ziel solcher Maßnahmen bestand darin, die Einfuhren niedrig zu halten, indem die Rohstoffe im Lande blieben oder preiswert eingeführt wurden. Bei den Fertigwaren war es genau umgekehrt: Die Ausfuhren sollten gesteigert werden, um Geld in die königliche Kasse zu spülen. Eine solche Außenhandelspolitik war jedoch nicht ungefährlich, weil man mit Gegenmaßnahmen rechnen musste und aus Handelssperren sowie Schutzzöllen nicht selten Handelskriege entstanden.

Gleichzeitig waren Zölle für die absoluten Staaten der wichtigste Einnahmeposten: Überall im Deutschen Reich standen Zollhäuser an Straßen und Flüssen, um Straßen-, Durchgangs- oder Brückenzoll zu erheben. Ende des 18. Jahrhunderts gab es in Mitteleuropa um die 1800 Zollschranken, die den Handelsverkehr zwischen den Staaten regulierten. Allein Preußen kannte 67 lokale Zolltarife und ebenso viele Zollgrenzen. Schon daran lässt sich ermesen, welche Bedeutung das Zollwesen für die merkantilistische Wirtschafts- und Finanzpolitik hatte.

Zur kameralistischen Außenhandelspolitik gehörten auch »ungleiche Handelsverträge« und die Gründung von Handelskompanien: So schloss Preußen 1775 einen Handelsvertrag mit Polen, der Polen einseitig zum Absatzmarkt für preußische Produkte machte. Mit der vom Großen Kur-

fürsten gegründeten *Brandenburgisch-Afrikanischen Handelskompanie* (1682) wollte sich Preußen in überseeischen Ländern Rohstoffquellen erschließen. Im Ergebnis diente diese Gesellschaft aber nur dem Prestigegewinn, sodass Friedrich Wilhelm I. sie 1717 an die Niederlande verkaufte.

Für Friedrich den Großen war der Ausbau der Wasserstraßen in Preußen ein vorrangiges Anliegen, auch um den Außenhandel anzukurbeln und störende Zölle anderer Staaten zu umgehen. Gleichzeitig sollte damit der Binnen- und Zwischenhandel mit Massengütern wie Getreide, Holz etc. erleichtert werden. Dem Ausbau der Straßen schenkte Friedrich der Große demgegenüber keine große Aufmerksamkeit, sodass Preußen bis ins 19. Jahrhundert kaum Fernstraßen besaß, was für die industrielle Entwicklung des Landes einen großen Nachteil bedeutete.

Bilanz des Merkantilismus

Die Ergebnisse der kameralistischen Wirtschaftspolitik waren zwiespältig, wie sich am Beispiel Preußen zeigte: Im Bereich des Landesausbaus, der Kolonisation und des Kanalbaus waren beachtliche Erfolge zu vermelden. Auch im Agrarsektor gab es bei der Bodenbewirtschaftung Fortschritte. Die feudalen Verhältnisse (Erbhörigkeit, Erbuntertänigkeit und Leibeigenschaft) wurden jedoch erst 1807 durch Erlass des Königs im Zuge der Preußischen Reformen (Oktoberedikt) mit Wirkung zum Martinstag 1810 endgültig abgeschafft.

So ähnlich sah es auch bei der Gewerbeförderung aus: Die Ansiedlung von Glaubensflüchtlingen in Preußen war eine Bereicherung für die handwerkliche/gewerbliche Entwicklung des Landes. Es gab auch Erfolge bei der Ansiedlung von Manufakturen, entscheidende Impulse für die Mechanisierung und Industrialisierung gingen von ihnen aber nicht aus. Das zunftgebundene Handwerk blieb weiterhin das Rückgrat der gewerblichen Wirtschaft.

Deutschland war um 1800 ein agrarisch geprägtes Land. Dem Merkantilismus gelang es nicht, die im Dreißigjährigen Krieg vernichteten Gewerbebetriebe durch Ansiedlung neuer Betriebe zu ersetzen. Das Beispiel Augsburg, wo von den 3024 im Jahr 1612 tätigen Webmeister im Jahr 1720 nur noch 468 existierten, lässt sich auf viele Städte übertragen. Trotz einiger Highlights, die die Merkantilisten setzen konnten, verharrte die Gesamtwirtschaft in einem Zustand der Stagnation.

Der eigentliche Erfolg des Merkantilismus lag woanders: Die mit der Wirtschaft befassten Beamten an den Fürstenhöfen hatten sich im Staatsdienst viel Wissen über die wirtschaftlichen Zusammenhänge angeeignet und dabei auch die Rückständigkeit der deutschen Wirtschaft gegenüber der englischen und französischen Wirtschaft kennengelernt. Zudem waren sie mit den Lehren des schottischen Ökonomen Adam Smith in Berührung gekommen, der den Merkantilismus ablehnte und den rückständigen Staaten stattdessen die Marktwirtschaft empfahl. Dadurch wuchs bei der leitenden preußischen Beamenschaft die Bereitschaft, Preußen und Deutschland mit »Reformen von oben« zu modernisieren.

Adam Smith

Der in Schottland aufgewachsene und als Professor der Moralphilosophie tätige Adam Smith (1723–1790) war ein entschiedener Gegner des »Merkantilismus«. Mit seinem 1776 erschienenen Hauptwerk *Der Wohlstand der Nationen* schuf er die Grundlagen für eine liberale Wirtschaftsordnung. Diese Schrift hatte eine ähnliche Wirkung wie im 19. Jahrhundert das »Kapital« von Karl Marx. Für die Wirtschaftswissenschaft wurde Adam Smith dadurch zum »Vater der klassischen Nationalökonomie«.

In der Zeit des Merkantilismus, als die europäischen Regierungen das Wirtschaftsgeschehen mit Privilegien und Subventionen, Gewerbeordnungen und Zöllen lenkten, um die Staatskassen zu füllen, verkündete Adam Smith, dass eine freie Wettbewerbswirtschaft sowohl dem privaten Interesse als auch dem öffentlichen Nutzen am besten diene.

Diese revolutionäre Lehre begründete Smith damit, dass der Wohlstand eines Landes vor allem von dem Grad der Arbeitsteilung in der Wirtschaft abhängt. Diesen Kernsatz seines Denkens illustrierte er am Beispiel der Stecknadelproduktion: Ein einzelner Handwerker könnte am Tag nicht einmal 20 Nadeln herstellen. Denn bis zu 28 Arbeitsgänge wären notwendig, um ein einziges Exemplar zu fertigen. So müsste der Draht zugeschnitten, der Kopf geschmiedet und aufgesetzt werden usw. usw.

Demgegenüber verteilten sich die einzelnen Arbeitsschritte bei der modernen Fabrikation auf viele Stationen, wodurch sich die Produktion enorm beschleunigte: Je weniger Handgriffe der Arbeiter beherrschen

musste, desto geschickter und schneller konnte er sie ausführen. Dadurch erhöhte sich der tägliche Ausstoß pro Mann auf mehrere Tausend Nadeln, was die in England bereits beginnende Industrialisierung eindrucksvoll bestätigte.

Adam Smith fügte dieser Beobachtung eine volkswirtschaftliche Überlegung hinzu: In einer arbeitsteiligen Wirtschaft wären die Menschen nicht mehr in der Lage, sich mit allen Gütern selbst zu versorgen. Um etwa an Lebensmittel zu kommen, bräuchten sie die Hilfe des Metzgers, Brauers und Bäckers usw., die aber ihre Waren nicht als wohltätige Spenden verteilten, sondern damit Geld verdienen wollten, um damit wiederum die Produkte anderer Spezialisten zu erwerben. Indem sie persönlichen Gewinn anstrebten, befriedigten die Produzenten mithin die Nachfrage der Konsumenten nach ihren Waren.

Und deshalb, so konstatierte Smith, diene der wirtschaftliche Eigentum des Individuums dem Wohle aller. Als Kind der Aufklärung glaubte Adam Smith ohnehin, dass das auf den eigenen Vorteil bedachte Selbstinteresse prinzipiell sinnvoll und gut ist. Diesen allgemeinen Gedanken übertrug er auf die Ökonomie und schrieb:

»Nicht vom Wohlwollen des Metzgers, Brauers und Bäckers erwarten wir das, was wir zum Essen brauchen, sondern davon, dass sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen. Wir wenden uns nicht an ihre Menschen-, sondern an ihre Eigenliebe.«

Allerdings würde der Bäcker sein Brot nicht zu jedem Preis verkaufen, sondern zumindest die Deckung seiner Produktionskosten und einen angemessenen Profit verlangen, was Smith den »natürlichen Preis« nannte. Der Marktpreis, also der tatsächlich erzielte Erlös, konnte jedoch, so Smith, von diesem natürlichen Preis abweichen. Wäre er niedriger, weil das Angebot größer ist als die Nachfrage, erwirtschaftete der Hersteller zu wenig Gewinn oder nicht einmal seine Kosten. Er würde sein Angebot also einschränken. Wäre der Marktpreis höher, weil das Erzeugnis von vielen benötigt oder gewünscht wird, kämen andere Produzenten dazu, das Angebot würde erweitert und der Preis fallen.

Die ökonomischen Gesetze des Produzierens, Verkaufens und Kaufens sorgten also dafür, dass das Warenangebot und die Nachfrage in ein Gleichgewicht kämen. Adam Smith erkannte darin ein allgemeines Gesetz der Marktwirtschaft, die berühmte »unsichtbare Hand«, aufgrund deren die unzähligen, auf sich selbst bezogenen Aktivitäten, die das Wirtschaftsgeschehen in Gang halten, nicht ins Chaos führen, sondern

der vom Schöpfer gewollten »natürlichen« Ordnung entsprechen. Wer gegen sie verstößt, wer zum Beispiel mehr Bier auf den Markt bringt, als tatsächlich verlangt wird, wird dafür mit sinkenden Preisen bestraft und macht schlimmstenfalls Bankrott (Ulrich van Suntum).

Für Smith war der »Eigennutz« der Motor des wirtschaftlichen Fortschritts: Der Einzelne werde immer versuchen, sein Kapital so gewinnbringend wie möglich einzusetzen, und zwar aus ganz egoistischen Motiven. Aber gerade deshalb werde er es »notwendigerweise« dort investieren, wo es dem ganzen Land am meisten nutzt. Deshalb sollten die Menschen vom Staat so wenig wie möglich an ihrer Entfaltung gehindert werden.

Smith erkannte aber auch früh die sozialen Folgen, die mit der rasanten Industrialisierung der Wirtschaft in England verbunden waren. Nie zuvor hatte sich in so kurzer Zeit so viel geändert. Nie zuvor hatte es ein Wirtschaftssystem gegeben, das annähernd so dynamisch war wie der entstehende Kapitalismus – mit dramatischen Konsequenzen besonders für die Besitzlosen und Unterprivilegierten. Um 1760 lebten in England 7 Millionen Einwohner, von denen viele praktisch nichts besaßen. Bis zu 1,5 Millionen Menschen hatten nicht einmal Arbeit. Die durchschnittliche Lebenserwartung betrug nur 35 Jahre.

Für Merkantilisten war das kein Problem. Unbekümmert predigten sie, dass die Löhne gar nicht niedrig genug sein könnten. Denn gute Bezahlung führe zu Müßiggang und verteuere die Exporte. Adam Smith jedoch beklagte:

»Der bedauernswerte Arbeiter, der gewissermaßen das ganze Gebäude der menschlichen Gesellschaft auf seinen Schultern trägt, steht in der untersten Schicht dieser Gesellschaft. Er wird von ihrer ganzen Last erdrückt und versinkt gleichsam in den Boden, sodass man ihn auf der Oberfläche gar nicht wahrnimmt.«

Deshalb befürwortete Adam Smith die Bestrebungen der Arbeiter, sich zu »Koalitionen« (Gewerkschaften) zusammenzuschließen. Ebenso setzte er sich dafür ein, Minderbemittelten niedrigere Steuern aufzuerlegen. Letztlich war er aber davon überzeugt, dass es sich bei dem verbreiteten Elend nur um ein Übergangsproblem handelte, das verschwinden würde, wenn die Marktwirtschaft ihre Kräfte entfesselte.

Kapitel 12

Rot-Grün

Ökologische Steuerreform

Als am 27. Oktober 1998 die erste rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder (SPD) vereidigt wurde, bedeutete das einen Bruch im Selbstverständnis der Bonner Republik. Erstmals kamen nämlich mit Außenminister Joschka Fischer und Umweltminister Jürgen Trittin auf Bundesebene Politiker an die Macht, die in den Sechziger- und Siebzigerjahren im linksextremen Milieu den Aufstand geprobt hatten. Außerdem war das Verhalten der Grünen anders als das der Altparteien: Sie kleideten sich leger, agierten basisdemokratisch, hatten tiefe Wurzeln in der Friedensbewegung, verordneten sich eine Geschlechterquote und forderten den Ausstieg aus der Kernenergie. Mit all dem zeigten sie überdeutlich, dass sie nach 16 Jahren Kohl mit dem Ziel angetreten waren, an dem nach ihrer Meinung altbackenen Bonner Politikbetrieb vieles zu ändern.

Schon damals fiel allerdings auf, dass das wirtschafts- und sozialpolitische Angebot der Grünen außerordentlich mager war. Für den Wahlkampf hatte Jürgen Trittin als zentrales Projekt die »ökologische Steuerreform« entwickelt, die auf der Idee beruhte: »Die Energie ist zu billig, die Arbeit ist zu teuer.« Also mussten der Verbrauch von Energie besteuert und mit den so gewonnenen Mitteln die Lohnnebenkosten gesenkt werden. Von dieser einfachen Logik versprach man sich nicht nur eine Senkung des Energieverbrauchs, sondern auch eine Belebung des Arbeitsmarktes. Die Grünen nannten das die »doppelte Dividende« der ökologischen Steuerreform.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hatte zu dieser Idee bereits 1994 eine Studie vorgelegt, die bei einer kontinuierlich steigenden Energiesteuer und bei gleichzeitiger Reduzierung der Sozialversicherungsbeiträge einen deutlichen Rückgang sowohl der Umweltbelastung als auch der Arbeitslosigkeit prognostizierte. Auf diese Studie

stützten sich nicht nur die Grünen, sondern auch die SPD und die PDS, die sich ebenfalls für eine ökologische Steuerreform aussprachen. CDU und CSU waren realistischer und versprachen den Wählern nur, sich aus Gründen des Umweltschutzes für eine höhere Energiebesteuerung auf europäischer Ebene einsetzen zu wollen.

Das von Jürgen Trittin vorbereitete Wahlprogramm der Grünen (1998) begründete eine höhere Energiesteuer damit, dass der tatsächliche Benzinpreis keine »ökologische Kostenwahrheit« widerspiegele. Wahre Preise nach dem Verursacherprinzip wären aber nötig, um wirtschaftlich effiziente Lösungen zur Begrenzung des Verkehrs und zur Minimierung der Umweltbelastungen zu finden. Deshalb müssten insbesondere sämtliche Neben- und Folgekosten (Luftverschmutzung, Lärmbelästigung, Umwelt- und Gebäudeschäden etc.) dem Straßenverkehr zugeordnet werden. Auf dieser Grundlage sei eine Erhöhung des Benzinpreises auf »5 DM pro Liter« innerhalb von zehn Jahren, also bis 2008, erforderlich. Mit den neuen Einnahmen könnten die Sozialversicherungsbeiträge innerhalb von zehn Jahren um insgesamt sechs Prozentpunkte gesenkt werden, wovon Arbeitgeber und Arbeitnehmer jeweils zur Hälfte profitieren würden.

Gegen ein solches Projekt, das die Verkehrspolitik mit der Sozialpolitik vermischte, protestierten nicht nur die Öl- und Energiekonzerne, sondern auch die Automobilhersteller, der ADAC und nicht zuletzt die Autofahrer. Das reichte, um die von der rot-grünen Bundesregierung eingebrachten Gesetze, die der Grundidee einer ökologischen Steuerreform folgten, auf Druck der SPD so moderat ausfallen zu lassen, dass die beabsichtigten Effekte kaum eintreten konnten.

So sah das »Gesetz zum Einstieg in die ökologische Steuerreform« vom 24. März 1999 (neben der Einführung einer neuen Stromsteuer) vor, die Mineralölsteuer von 1999 bis 2003 mehrmals zu erhöhen, und zwar differenziert nach Umweltbelastungen und gestaffelt in Schritten von sechs Pfennigen. Kaum beschlossen, musste dieses Gesetz noch im selben Jahr wegen unerwünschter Auswirkungen durch das Gesetz zur »Fortführung der ökologischen Steuerreform« vom 16. Dezember 1999 korrigiert werden. Mit dem Gesetz zur »Fortentwicklung der ökologischen Steuerreform« vom 23. Dezember 2002 wurden dann weitere – nach Umweltauswirkungen gestaffelte – Erhöhungen beschlossen.

Damit hatte sich die ökologische Steuerreform dann aber auch schon erledigt. Ökologische Lenkungseffekte waren nach Ansicht von Exper-

ten nur in eng umgrenzten Teilbereichen, z. B. in Gestalt einer erhöhten Nachfrage nach verbrauchsarmen Pkw, eingetreten. Unabhängig davon scheiterte die Idee einer ökologischen Steuerreform aber daran, dass die Energiesteuer nicht nur mit ihrer ökologischen Lenkungswirkung begründet wurde, sondern auch mittels Senkung der Lohnnebenkosten der Belebung des Arbeitsmarktes dienen sollte. Eine solche »doppelte Dividende« war aber schon deshalb nicht möglich, weil mit immer höheren Energiesteuern nicht nur der Energieverbrauch sank, sondern auch das daraus fließende Steueraufkommen, mit dem die Lohnnebenkosten gesenkt werden sollten. Dieser innere Widerspruch der ökologischen Steuerreform versetzte ihr den politischen Todesstoß.

Lafontaine gegen Schröder

Bei Antritt der rot-grünen Bundesregierung meldeten die Arbeitsämter etwa 4,3 Millionen offiziell registrierte Arbeitslose, tatsächlich waren es aber nach Meinung von Arbeitsmarktexperten rund 6 Millionen Arbeitslose. Die neue Regierung übernahm außerdem ein Sozialbudget, das auf 31,3 Prozent des BIP gestiegen war. Die gesamte Verschuldung des Staates betrug bei der Regierungsübernahme durch Rot-Grün 742,2 Mrd. Euro.

Die neue Bundesregierung stand damit vor großen Herausforderungen, die überzeugende Antworten sowohl in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik als auch in der Fiskal- und Sozialpolitik erforderten. Die Frage war nur, wer dafür verantwortlich sein sollte, Gerhard Schröder als Kanzler oder Oskar Lafontaine als Parteivorsitzender und Finanzminister.

Beide kamen aus unterschiedlichen Lagern der SPD: Schröder verstand sich als Modernisierer und pflegte als »Boss der Bosse« ein gutes Verhältnis zur Wirtschaft. Lafontaine gehörte demgegenüber zum linken Flügel der SPD und stand den Gewerkschaften nahe. Krasser hätten die Gegensätze nicht sein können, sodass alles davon abhing, ob sich die beiden auf eine einheitliche Linie zur Lösung der großen Probleme verständigen würden.

Für den Wahlkampf 1998 hatten sich die Spitzen der SPD auf die Parole »Innovation und Gerechtigkeit« geeinigt, wobei Schröder für »Innovationen« und Lafontaine für »Gerechtigkeit« stand. Doch damit war das grundsätzliche Problem zwischen den beiden Exponenten der SPD nicht gelöst. Schröder verstand unter »Innovationen« eine Politik

des Aufbruchs, wie sie Tony Blair mit seiner »New Labour«-Politik in Großbritannien durchgesetzt hatte. Im Gegensatz dazu bedeutete »Gerechtigkeit« für Lafontaine, den erreichten sozialstaatlichen Schutz der Arbeitnehmer gegen alle neoliberalen Angriffe zu verteidigen und die Arbeitslosigkeit mit höheren Staatsausgaben à la Keynes zu bekämpfen.

Die ersten Maßnahmen der neuen Regierung trugen klar die Handschrift von Lafontaine: Die von der Regierung Kohl beschlossenen kleinen Reformen zur Liberalisierung des Arbeitsmarktes und zur Konsolidierung der Rentenversicherung wurden zurückgenommen. Die Kürzung der Lohnfortzahlung wurde zurückgedreht und wieder volles Schlechtwettergeld gezahlt. Der von der Kohl-Regierung in die Rentenformel eingefügte demografische Faktor wurde noch vor seinem Inkrafttreten wieder abgeschafft. Das Volumen des ersten Haushalts von Rot-Grün stieg um 6 Prozent, das Sozialbudget um 12 Prozent. Das war im Grunde wieder die klassische Ausgabenpolitik, mit der die SPD bereits in den Siebzigerjahren gescheitert war. Außerhalb der SPD-Linken fand Lafontaine für diese Politik auch kaum Unterstützung.

Doch er machte so weiter: Minijobs und Scheinselbstständige wurden sozialversicherungspflichtig, die Mitbestimmung wurde verschärft und ein Recht auf Teilzeitarbeit eingeführt. Die Regierung führte die Ökosteuer ein, senkte aber nicht wie angekündigt die Lohnnebenkosten. Von der großen Steuerreform 2000 profitierten nur die Kapitalgesellschaften, nicht aber die mittelständischen Personengesellschaften. Kurzum: Das erste Schröder-Kabinett tat alles, um die privaten Unternehmen stärker zu belasten und den Arbeitsmarkt weiter zu fesseln. Der Chef der Wirtschaftsweisen fällt über diesen Regierungsanfang deshalb ein vernichtendes Urteil: *»Sofern die Regierung überhaupt etwas tut, tut sie das genaue Gegenteil von dem, was eigentlich nötig wäre. Es fehlen die ordnungspolitischen Visionen.«*

Schröder hatte komplett andere Vorstellungen von der Zukunft der SPD und den Aufgaben einer von der SPD geführten Bundesregierung. Er orientierte sich dabei an der Politik des britischen Premierministers Tony Blair, mit dem er im Juni 1999 ein gemeinsames Papier über eine zukünftige sozialdemokratische Politik in Europa vorgestellt hatte. *»Die beiden vergangenen Jahrzehnte des neoliberalen Laissez-faire sind vorüber«,* hieß es dort. *»An ihre Stelle darf jedoch keine Renaissance des ›deficit spending‹ und massiver staatlicher Interventionen im Stil der Siebzigerjahre treten.«*

Schon im Februar 1996 hatte Gerhard Schröder als niedersächsischer Ministerpräsident vor der SPD-Landtagsfraktion in Hannover klargestellt, dass es nicht mit einem »Umbau« des Sozialstaates getan wäre: »Es sind tatsächlich tiefe Einschnitte nötig.« Trotz heftiger Proteste aus seiner Partei redete Schröder weiterhin Klartext und sagte im Herbst 1997: »Wir werden Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren« und »die nach geltendem Recht schon möglichen Sanktionen bei Ablehnung zumutbarer Arbeit voll ausschöpfen.« Dies waren für einen Sozialdemokraten ungeheure Worte, die Schröder jedoch auch auf dem Sonderparteitag der SPD im April 1998, der ihn zum Kanzlerkandidaten kürte, wiederholte: »Die Sicherheiten, die der Sozialstaat bieten wird, werden nicht mehr die alten sein.«

Bodo Hombach (SPD), Schröders Wahlkampfmanager bei der Bundestagswahl 1998, schrieb in seinem Buch *Aufbruch – Die Politik der neuen Mitte* über den neuen sozialdemokratischen Weg: »Es gilt, zu den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft zurückzukehren. Die soziale Komponente des Wirtschaftssystems ist nicht der ›Rundum-sorglos-Staat‹. Sie besteht darin, dass individuelle Leistung belohnt wird durch Wohlstand, Weiterqualifizierung durch berufliches Fortkommen, Bereitschaft zur Eigenverantwortung durch größere ökonomische Spielräume und berufliche Selbständigkeit durch eine zweite Chance.« Hierbei sollte der Staat eine »aktivierende« Rolle spielen: »Regierungen sollten in der heutigen Zeit nicht versuchen, die Wirtschaft zu lenken. Die Rolle der Regierung besteht heutzutage in dem Versuch, die Wirtschaft und die Menschen auf Veränderungen vorzubereiten. Wir wollen nicht klüger sein als der Markt. Der Staat soll eher ein Katalysator sein.«

Mit einer solchen »Politik der neuen Mitte« verabschiedete sich Gerhard Schröder von der traditionellen Wohlfahrts- und Wirtschaftspolitik der SPD, ohne allerdings einer unkritischen Marktgläubigkeit anheimzufallen. In Anlehnung an die britische »New Labour«-Politik von Tony Blair suchte er für die SPD einen dritten Weg: Im Zentrum sollte ein »aktivierender Staat« stehen, der Leistung nicht nur einfordert, sondern auch prämiiert und die Menschen bei der Bewältigung ihrer Probleme hilft. Die leitende Maxime hieß »fördern und fordern«. Sie wollte Gerhard Schröder zur Grundlage seiner Politik machen.

Im Kern war der neue sozialdemokratische Weg von Schröder die variierte Form einer marktwirtschaftlich orientierten Angebotspolitik: Flexibilisierung und Stärkung der Märkte, Steuersenkungen, Begrenzung

des Sozialstaates, weniger Interventionen und Regulierung. Aus diesem Grund stieß dieser Weg auf massiven Widerspruch der SPD-Linken und der Gewerkschaften. Doch Schröder setzte sich damit durch. Als Lafontaine im Frühjahr 1999 seinen Rücktritt aus der Regierung erklärte und auch als Parteivorsitzender zurücktrat, war dies das Eingeständnis der Niederlage der SPD-Linken gegenüber den Modernisierern in der SPD.

Deregulierung der Finanzmärkte

Bei dem Richtungsstreit zwischen Schröder und Lafontaine ging es nicht nur um die Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik, sondern auch um die Deregulierung des deutschen Finanz- und Kapitalmarktes, mit der die Kohl-Regierung bereits begonnen hatte. Während sich Schröder für die Deregulierung einsetzte, wurde sie von Lafontaine abgelehnt.

Der Antrieb für die Deregulierung der Finanzmärkte war das Bestreben aller Regierungen, finanzwirtschaftliche Aktivitäten ins Land zu holen, weil man darin eine Wachstums- und Zukunftsbranche sah. Um den eigenen Finanzplatz attraktiv zu machen, wurden Regulierungen abgebaut, traditionelle Märkte für Wettbewerber geöffnet und Steuererleichterungen für Finanzmarktgeschäfte beschlossen. Dieser Versuchung erlagen auch deutsche Banker und Politiker, die sich um die Entwicklung des Frankfurter Finanzplatzes im Verhältnis zu London und New York sorgten. »Ein kräftiger Schuss mehr Liberalisierung beziehungsweise Deregulierung wäre der Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes förderlich«, empfahl zum Beispiel Ulrich Schröder von der Deutschen Bank im Jahr 1995.

Die deutsche Regierung unter Helmut Kohl griff diese Anregung unverzüglich auf und begann zu deregulieren. Bereits im Juli 1996 kündigte Finanzstaatssekretär Jürgen Stark eine gesetzliche Initiative zur Stärkung von Investmentfonds an. Finanzinnovationen sollten künftig an jedermann in großem Stil verkauft werden können. Der damalige Finanzminister Theo Waigel war begeistert. Deutschland folgte damit einem Trend, der sich in den angelsächsischen Ländern längst durchgesetzt hatte.

Schon in den Regierungszeiten von Ronald Reagan und Margaret Thatcher hatte sich unter dem Einfluss des amerikanischen Ökonomen Milton Friedman die liberale Auffassung durchgesetzt, dass die Finanzmärkte in sich stabil sind und staatliche Eingriffe nur schaden. Bis dahin waren die Banken im Interesse stabiler Finanzmärkte einer strengen